

JULIA RIEBOLD

Die Europäische Kontopfändung

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

308

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

308

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow, Holger Fleischer und Reinhard Zimmermann



Julia Riebold

Die Europäische Kontopfändung

Mohr Siebeck

Julia Riebold, geboren 1983; Studium der Rechtswissenschaften in Mainz und Chambéry; Referendariat in Mainz und Frankfurt am Main; 2010–13 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Arbeits-, Handels- und Zivilprozessrecht der Universität Mainz; 2013 Promotion; seit 2013 Richterin in Rheinland-Pfalz.

e-ISBN PDF 978-3-16-153277-1

ISBN 978-3-16-153230-6

ISSN 0720-1141 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2014 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohr.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Nädele in Nehren gebunden.

Meinen Eltern

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2013 vom Fachbereich Rechts- und Wirtschaftswissenschaften der Johannes Gutenberg-Universität Mainz als Dissertation angenommen. Die Arbeit entstand während meiner Zeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Prof. Dr. C.W. Hergenröder. Das Manuskript wurde im Mai 2013 abgeschlossen; später veröffentlichte Rechtsprechung und Literatur habe ich bis Januar 2014 weitgehend nachgetragen.

Mein Dank gilt all denen, die mich beim Verfassen dieser Arbeit durch Anregungen, Kritik, aber auch durch ständige Ermutigung unterstützt haben.

Meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. C.W. Hergenröder danke ich besonders für die Betreuung der Arbeit in Form wertvoller Anregungen und steter Gesprächsbereitschaft. Die Unterstützung während der Erstellung dieser Arbeit, aber auch die vielfältige Förderung, die er mir bereits während meiner Tätigkeit als hilfswissenschaftliche Mitarbeiterin an seinem Lehrstuhl seit 2003 zukommen ließ, waren für mich äußerst wertvoll. Ich werde die lehrreiche und herzliche Zeit an seinem Lehrstuhl immer in sehr positiver Erinnerung behalten.

Dank gebührt weiter Herrn Prof. Dr. Peter Huber für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Bei meinem Mann Mathias möchte ich mich sowohl für das Korrekturlesen dieser Arbeit und den fachlichen Austausch als auch für seine Geduld und seinen Rückhalt bedanken.

Besonders herzlicher Dank gebührt meinen Eltern, Angelika und Christoph Gotzen, denen ich diese Arbeit widme. Durch ihre liebevolle Unterstützung habe ich alle meine Ziele verwirklichen können. Sie haben mich stets darin bestärkt, meinen Weg zu gehen. Im Hinblick auf meine Dissertation danke ich meinen Eltern für ein sehr intensives Korrekturlesen meiner Arbeit und meinem Vater darüber hinaus für die wertvollen fachlichen Anmerkungen. Weiter möchte ich ihm für den gedanklichen Austausch nicht nur während meines gesamten Studiums, der Arbeit an meiner Dissertation, sondern auch jetzt bei meiner beruflichen Tätigkeit danken.

Mainz im April 2014

Julia Riebold, geb. Gotzen

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXVI
Einleitung.....	1
§ 1 <i>Die Europäische Kontopfändung – Realität oder Zukunftsmodell?</i>	1
Teil 1: Besonderheiten der Kontopfändung mit rein deutschem Bezug.....	7
§ 2 <i>Gegenstand der Kontopfändung nach §§ 828, 829 ff. ZPO</i>	7
§ 3 <i>Die sog. Ausforschungspfändung</i>	47
§ 4 <i>Pfändungsschutz für Kontoguthaben</i>	55
§ 5 <i>Wirkungen einer Kontopfändung</i>	69
§ 6 <i>Verwertung der gepfändeten Kontoforderung</i>	79
§ 7 <i>Fazit</i>	84
Teil 2: Grenzüberschreitende Kontopfändung in der Europäischen Union.....	87
1. Abschnitt: Rechtsgrundlage	87
§ 8 <i>Anwendbarkeit nationalen Rechts</i>	87
2. Abschnitt: Formelle Voraussetzungen für den Erlass eines Kontopfändungsbeschlusses	90

§ 9 Inländische Gerichtsbarkeit	90
§ 10 Immunität	151
§ 11 Internationale Zuständigkeit.....	186
§ 12 Vollstreckungsantrag	202
3. Abschnitt: Materielle Voraussetzungen für den Erlass eines Pfändungsbeschlusses.....	205
§ 13 Bestehen der Forderung des Schuldners	205
§ 14 Pfändbarkeit der Forderung.....	217
4. Abschnitt: Wirksamwerden und Wirkungen des Pfändungsbeschlusses.....	239
§ 15 Grenzüberschreitende Zustellung des Pfändungsbeschlusses innerhalb der Europäischen Union.....	240
§ 16 Wirkungen eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses	284
Teil 3: Anerkennung ausländischer Kontopfändungen	301
§ 17 Anerkennung und Kontopfändung.....	301
§ 18 Wirkungserstreckung einer ausländischen Kontopfändung im Inland.....	312
§ 19 Eigener Ansatz	361
Teil 4: Ausblick – Harmonisierung der Kontopfändung.....	391
§ 20 Erste Schritte auf dem Weg zur Harmonisierung des Zwangsvollstreckungsrechts	391
§ 21 Verordnungsentwurf zur Einführung eines Europäischen Beschlusses zur vorläufigen Kontenpfändung	392
§ 22 Überlegungen de lege ferenda im Hinblick auf die endgültige Kontopfändung.....	407
Teil 5: Schlussbetrachtungen	427
§ 23 Zusammenfassung	427
Literaturverzeichnis	435
Sachregister	449

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht.....	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXVI
Einleitung.....	1
§ 1 Die Europäische Kontopfändung – Realität oder Zukunftsmodell?	1
I. Einführung.....	1
II. Gang der Darstellung	4
Teil 1: Besonderheiten der Kontopfändung mit rein deutschem Bezug.....	7
§ 2 Gegenstand der Kontopfändung nach §§ 828, 829 ff. ZPO	7
I. Bestehen einer pfändbaren Geldforderung des Kontoinhabers.....	7
II. Grundzüge des Girokontos im Kontokorrent	9
1. Einzelheiten zum Girovertrag.....	9
2. Kontokorrentverhältnis	11
III. Beurteilung der Pfändbarkeit der einzelnen Forderungen aus dem Kontoverhältnis	12
1. Pfändung kontokorrentgebundener Einzelforderungen	12
2. Saldopfändung	14
3. Pfändung künftig periodischer Aktivsalden	14
4. Pfändung des Anspruchs auf Auszahlung der Tagesguthaben.....	15
5. Pfändung des Anspruchs auf Gutschrift und Durchführung der Überweisung	17
a) Zweck der Pfändung des Anspruchs auf Gutschrift und Durchführung der Überweisung.....	17
b) Anspruch auf Gutschrift	18
c) Anspruch auf Durchführung der Überweisung	19
6. Pfändung des Kontokorrentkredits	21

a) Zweck der Pfändung des Kontokorrentkredits.....	21
b) Kreditvertrag	21
c) Dispositionskredit.....	23
aa) Rechtliche Konstruktion	23
bb) Pfändbarkeit.....	24
(1) Pfändbarkeit des Anspruchs auf Kreditgewährung.....	24
(2) Pfändung des zukünftigen Anspruchs aus Kreditgewährung.....	25
cc) Kritische Überprüfung.....	28
d) Überziehungskredit	30
aa) Bloße Duldung	31
bb) Konkludente Annahme.....	32
cc) Pfändbarer Auszahlungsanspruch	33
e) Zusammenfassung	35
IV. Forderungsinhaberschaft bei Sonderkonten	36
1. Vollstreckungsschuldner als Kontoinhaber.....	36
2. Oder-Konto.....	36
3. Und-Konto.....	39
4. Treuhandkonto und Anderkonto.....	41
V. Anforderungen an die Bestimmtheit des Pfändungsgegenstandes.....	42
 § 3 Die sog. Ausforschungspfändung.....	47
I. Abgrenzung zur Frage der Bestimmtheit des Vollstreckungsantrags	47
II. Ausforschungspfändung hinsichtlich der Person des Drittschuldners.....	48
III. Ausforschungspfändung hinsichtlich des Pfändungsgegenstandes.....	52
 § 4 Pfändungsschutz für Kontoguthaben	55
I. Abgrenzung der verschiedenen Pfändungsschutzvorschriften.....	55
II. Entwicklung des Pfändungsschutzes für Kontoguthaben	55
1. Arbeitseinkommen und sonstige wiederkehrende Einkünfte.....	55
2. Wiederkehrende Sozialleistungen.....	56
III. Pfändungsschutzkonto	57
1. Schutzmechanismus	57
2. Einzelfragen.....	60
a) Monatsanfangsproblematik.....	60

b) Debitorisch geführte Konten.....	61
aa) Grundsatz.....	61
bb) Ausnahme des § 850k Abs. 6 ZPO.....	63
cc) Reaktion der Praxis.....	64
c) Gefahr des Missbrauchs.....	66
d) Kosten.....	67
IV. Pfändungsschutz bei zweckloser Pfändung.....	68
§ 5 <i>Wirkungen einer Kontopfändung</i>	69
I. Verstrickung.....	70
II. Pfändungspfandrecht.....	70
III. Auskunftspflicht der Kreditinstitute.....	71
1. Erklärungspflicht nach § 840 Abs. 1 ZPO.....	71
2. Auskunftspflicht aus §§ 675, 666 BGB.....	73
IV. Kontosperre.....	75
V. Verhältnis zu vertraglichem Pfandrecht der Bank.....	77
§ 6 <i>Verwertung der gepfändeten Kontoforderung</i>	79
I. Vorgang der Verwertung.....	79
II. Wirkungen der Überweisung.....	80
1. Überweisung an Zahlungs statt.....	80
2. Überweisung zur Einziehung.....	80
3. Besonderheit hinsichtlich der Guthabepfändung.....	81
4. Schuldnerpflichten, § 836 Abs. 3 Satz 1 ZPO.....	82
§ 7 <i>Fazit</i>	84
Teil 2: Grenzüberschreitende Kontopfändung in der Europäischen Union.....	87
1. Abschnitt: Rechtsgrundlage.....	87
§ 8 <i>Anwendbarkeit nationalen Rechts</i>	87
2. Abschnitt: Formelle Voraussetzungen für den Erlass eines Kontopfändungsbeschlusses.....	90
§ 9 <i>Inländische Gerichtsbarkeit</i>	90
I. Begriffsbestimmung.....	90
II. Inhalt des Territorialitätsprinzips.....	92

1. Lehre vom strengen Territorialitätsprinzip	92
2. Abgeschwächtes Territorialitätsprinzip	92
III. Territorialitätsprinzip und Anforderungen an eine grenzüberschreitende Kontopfändung.....	93
1. Verbot extraterritorial vorgenommener Hoheitsakte – Erfordernis der Inlandsbelegenheit?.....	94
a) Ausgangspunkt: Pfändung körperlicher Sachen	94
b) Bestimmbarkeit eines Belegenheitsortes hinsichtlich Kontoforderungen	95
aa) Belegenheitsort einer Forderung im Allgemeinen	95
(1) Mögliche Anknüpfungspunkte zur Bestimmung der Forderungsbelegenheit	95
(2) Erfordernis einer einheitlichen Bestimmung des Belegenheitsortes	97
(3) Existenz einer völkergewohnheitsrechtlichen Belegenheitsfiktion	98
bb) Besonderheiten hinsichtlich der Belegenheit einer Kontoforderung	99
(1) Prinzip der Filialdeckung	99
(2) Lehre von den territorial gebundenen Vermögenswerten	101
(3) Belegenheit am Erfüllungsort.....	104
(4) Keine einheitliche Staatenpraxis für die Belegenheit am Ort der Kontoführung.....	106
c) Völkerrechtliches Verbot der Pfändung auslandsbelegener Kontoforderungen?	107
aa) Territorialitätsprinzip	107
bb) Allgemeines Völkergewohnheitsrecht	109
cc) Vergleich zur Forderungsenteignung	110
dd) Wertende Betrachtung.....	112
ee) Zwischenergebnis.....	114
2. Sonstiges völkerrechtliches Einmischungsverbot: genuine link-Erfordernis.....	115
a) Grundsätzliches	115
b) Vorrangige Berücksichtigung einzelner tatsächlicher Bezugspunkte?	117
aa) Ansatz des BGH bezüglich öffentlich-rechtlicher Forderungen	117
bb) Übertragung der BGH-Rechtsprechung auf Kontoforderungen?.....	118
(1) Anknüpfung an den Ort der Kontoführung bzw. die Bankzentrale	118

(2) Grundsatz der Nichtdurchsetzbarkeit.....	118
(3) Besonders enge Verbindung.....	121
cc) Ergebnis	121
IV. Fallgruppen bezüglich der Kontopfändung	122
1. Vollstreckungsschuldner mit Sitz im Ausland,	
Bankzentrale im Inland.....	122
a) Zustellung an Vollstreckungsschuldner	122
b) Zwangsgewalt hinsichtlich Vollstreckungsschuldner	123
aa) Inhibitorium als Zwangsmaßnahme	123
bb) Territorialitätsprinzip	123
cc) Vergleich zur Zwangsvollstreckung von Handlungs-	
bzw. Unterlassungstiteln.....	124
dd) Wertung des Art. 49 EuGVVO.....	126
c) Kontoführende Filiale im Ausland.....	127
aa) Adressat des Arrestatoriums	127
bb) Erfüllungsort am Ort der Kontoführung	129
(1) Ermittlung des Erfüllungsortes.....	129
(2) Auswirkungen eines ausländischen	
Erfüllungsortes.....	130
cc) Gerichtsstandsvereinbarung zugunsten der	
Gerichte im Staat der Kontoführung	131
(1) AGB-Banken	131
(2) Verbrauchersache.....	132
(3) Auswirkungen auf die Gerichtsbarkeit	135
d) Genuine link-Erfordernis.....	136
2. Vollstreckungsschuldner mit Sitz im Inland,	
Bankzentrale im Ausland.....	137
a) Zustellung an Drittschuldner im Ausland.....	137
b) Zwangsgewalt hinsichtlich Drittschuldner	139
aa) Zwangswirkung des Arrestatoriums.....	139
bb) Einmischungsverbot und ausländischer Sitz der	
Bankzentrale.....	141
c) Kontoführende Filiale im Inland.....	143
aa) Erfüllungsort am Ort der Kontoführung.....	143
bb) Inländische Filiale als Adressatin des	
Arrestatoriums.....	143
cc) Gerichtsstandsvereinbarung zugunsten der	
Gerichte im Staat der Kontoführung	144
d) Genuine link-Erfordernis.....	145
3. Vollstreckungsschuldner und Bankzentrale mit (Wohn-)	
Sitz im Inland.....	145

a) Kontoführung bei Bankzentrale oder inländischer Filiale.....	145
b) Kontoführung bei ausländischer Filiale	146
4. Vollstreckungsschuldner und Bankzentrale im Ausland	147
a) Kontoführung bei Bankzentrale oder Filiale im Ausland.....	147
b) Kontoführung bei inländischer Filiale	149
V. Zusammenfassung	150
 § 10 Immunität.....	151
I. Rechtsgrundlagen	151
II. Staatenimmunität	151
1. Bedeutung und Rechtsquellen	151
2. Europäisches Übereinkommen über Staatenimmunität	152
3. Völkergewohnheitsrecht.....	154
a) Grundsatz der relativen Immunität.....	154
b) Allgemeine Abgrenzungskriterien	155
aa) Maßgeblichkeit des Verwendungszwecks.....	155
bb) Ermittlung des Verwendungszwecks	157
cc) Qualifizierung des Verwendungszwecks.....	159
c) Bankkonten im Besonderen	162
aa) „Botschaftskonto-Beschluss“ des BVerfG	162
bb) Staatsunternehmen und „National Iranian Oil Company-Beschluss“ des BVerfG	165
cc) Zentralbankkonten.....	168
dd) Bankkonten mit gemischter Zweckbestimmung	169
d) Sonderproblem: staatliche Drittschuldnerimmunität	173
aa) Relevanz auf dem Gebiet der Kontopfändung.....	173
bb) Drittschuldnerimmunität in Bezug auf das Vollstreckungsobjekt.....	174
cc) Drittschuldnerimmunität in Bezug auf das Arrestatorium	176
III. Diplomatische und konsularische Immunität	179
1. Spezialität gegenüber der allgemeinen Staatenimmunität	179
2. Vollstreckungsimmunität nach dem WÜD	180
a) Persönlicher Anknüpfungspunkt.....	180
b) Gegenständlicher Anknüpfungspunkt	182
3. Vollstreckungsimmunität nach dem WÜK	183
IV. Immunitätsverzicht.....	184

§ 11 Internationale Zuständigkeit.....	186
I. Einheitliche Regelung der internationalen Zuständigkeit.....	186
II. Internationale Zuständigkeit nach autonomem deutschem Recht.....	188
1. Analoge Anwendung des § 828 Abs. 2 ZPO.....	188
2. Einfluss der EuGH-Rechtsprechung auf die Bestimmung des Sitzes der Bank	190
3. Zuständigkeit aufgrund inländischer Bankfiliale?.....	192
4. Völkerrechtliche Konformität.....	194
a) Genuine link-Erfordernis	194
b) Gegenständliche Immunität des sonstigen Schuldnervermögens	197
5. Einschränkung durch Art. 3 Abs. 2 EuGVVO	198
6. Zusammenfassung und Überlegungen de lege ferenda.....	200
a) Darstellung der gefundenen Ergebnisse	200
b) Vorschlag für eine Änderung des § 828 Abs. 2 ZPO.....	200
§ 12 Vollstreckungsantrag	202
I. Notwendiger Inhalt	202
II. Bestimmtheit	203
III. Ausforschungspfändung.....	204
3. Abschnitt: Materielle Voraussetzungen für den Erlass eines Pfändungsbeschlusses.....	205
§ 13 Bestehen der Forderung des Schuldners	205
I. Prüfungsumfang des Vollstreckungsgerichts	205
II. Kontoforderungsstatut	207
1. Subjektive Anknüpfung.....	207
a) Rechtswahl in den AGB der Banken.....	207
b) Materielle Wirksamkeit der Rechtswahl	208
c) Formelle Wirksamkeit der Rechtswahl	209
d) Reichweite der Rechtswahl.....	209
2. Objektive Anknüpfung	211
a) Anknüpfung nach Art. 4 Rom I-VO.....	211
aa) Dienstleistungsvertrag	211
bb) Gewöhnlicher Aufenthalt der Bank	212
b) Besonderheiten bei Verbraucherverträgen	212
aa) Voraussetzungen des Art. 6 Abs. 1 Rom I-VO.....	212
bb) Ausnahme nach Art. 6 Abs. 4 lit. a) Rom I-VO	214
3. Ausnahmen von der Anwendung des ermittelten Rechts.....	215

4. Zusammenfassung.....	215
III. Formstatut	216
<i>§ 14 Pfändbarkeit der Forderung</i>	217
I. Maßgebliches Recht.....	217
1. Meinungsstand in der Literatur zum Einzelzwangsvollstreckungsrecht	217
2. Meinungsspektrum im Insolvenzrecht	219
a) Verweis auf Pfändungsschutzvorschriften	219
b) Lex fori concursus.....	220
c) Lex fori executionis.....	220
d) Zwischenergebnis.....	222
3. Stellungnahme	222
a) Pfändung körperlicher Sachen	222
b) Forderungspfändung.....	223
II. Besonderheiten hinsichtlich Kontoforderungen.....	224
1. Pfändbarkeit der einzelnen Kontoforderungen.....	224
2. Pfändungsfreigrenzen bei Kontoführung im Ausland	226
a) Problemaufriss	226
b) Pfändungsfreigrenzen am Wohnsitz des Schuldners	227
c) Pfändungsfreigrenzen der kontoführenden Filiale im Ausland.....	228
aa) Drittschuldnerschutz vor einer (teilweisen) Doppelverpflichtung.....	228
(1) Ansatz von Mack	228
(2) Gerichtsstände in verschiedenen Mitgliedstaaten	229
(3) Pfändungsfreigrenzen des Anerkennungsstaates... ..	230
bb) Unzumutbarkeit der Anwendung ausländischen Rechts	231
d) Pfändungsfreigrenzen des Pfändungsstaates	232
e) Eigene Stellungnahme	232
3. P-Konto und Kontoführung im Ausland	234
a) Problemdarstellung.....	234
b) Lösungsmöglichkeiten.....	235
aa) Qualifikationsansatz	235
bb) IPR-rechtlicher Ansatz.....	236
(1) Substitution.....	236
(2) Anpassung	237
cc) Ansatz de lege ferenda	238
c) Zusammenfassung	239

4. Abschnitt: Wirksamwerden und Wirkungen des Pfändungsbeschlusses.....	239
<i>§ 15 Grenzüberschreitende Zustellung des Pfändungsbeschlusses innerhalb der Europäischen Union.....</i>	
	240
I. Rechtsgrundlagen und Entwicklungen des grenzüberschreitenden Zustellungsrechts.....	240
1. Zustellung als Hoheitsakt?	240
2. Vom HZPÜ bis hin zur EuZVO.....	242
II. Erforderlichkeit der grenzüberschreitenden Zustellung?.....	244
1. Ausgangspunkt: Deutsches Recht.....	244
2. Zustellung an die Bank als Drittschuldnerin	245
a) Zustellung im Parteibetrieb.....	245
b) Bankzentrale und kontoführende Filiale im Ausland	245
c) Kontoführende Filiale im Inland.....	246
3. Zustellung an den Vollstreckungsschuldner.....	247
a) Amtspflicht des Gerichtsvollziehers	247
b) Zustellung durch Aufgabe zur Post.....	247
c) Europarechtskonforme Auslegung	248
aa) Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot.....	248
bb) Fehlende Rechtfertigung	250
(1) Anforderungen an eine Rechtfertigung.....	250
(2) Bestellung eines inländischen Zustellungsbevollmächtigten.....	250
(3) Postzustellung nach der EuZVO.....	251
d) Zusammenfassung.....	252
4. Sonderfälle der Entbehrlichkeit einer Auslandszustellung ...	252
a) Ersatzzustellung	252
aa) Ersatzzustellung in einer Filiale.....	253
bb) Ersatzzustellung an den Vollstreckungsschuldner?....	254
b) Öffentliche Zustellung.....	255
aa) Vorgang der öffentlichen Zustellung	255
bb) Drittschuldner	256
(1) Anwendbarkeit des § 185 ZPO.....	256
(2) Voraussetzungen der öffentlichen Zustellung.....	257
cc) Vollstreckungsschuldner	259
c) Fiktive Inlandszustellung nach § 184 ZPO.....	261
aa) Anwendbarkeit im Anwendungsbereich der EuZVO?	261
bb) Anwendbarkeit im Rahmen der Kontopfändung?	263
III. Zustellung nach der EuZVO	264
1. Anwendungsbereich der EuZVO.....	264

a) Sachlicher Anwendungsbereich	265
aa) Autonome Auslegung	265
bb) Rechtsnatur der titulierten Forderung	266
cc) Rechtsnatur der zu pfändenden Forderung	266
dd) Rechtsnatur des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses	267
b) Räumlicher Anwendungsbereich	268
c) Zeitlicher Anwendungsbereich	268
d) Verhältnis zu nationalen Zustellungsvorschriften	268
2. Zustellungsverfahren nach der EuZVO	269
a) Zustellung durch Übermittlung, Art. 4 ff. EuZVO	269
b) Postzustellung, Art. 14 EuZVO	270
c) Direktzustellung, Art. 15 EuZVO	272
d) Zustellung durch Einschaltung diplomatischer und konsularischer Vertretungen	274
e) Übersetzungserfordernis	275
f) Verhältnis der Zustellungsarten zueinander	278
IV. Zustellung an Immunitätsträger	279
1. Zustellung an immunen Vollstreckungsschuldner	280
a) Staatlicher Vollstreckungsschuldner	280
b) Diplomatischer bzw. konsularischer Vollstreckungsschuldner	281
2. Zustellung an immunen Drittschuldner	282
V. Zusammenfassung	283
§ 16 Wirkungen eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses	284
I. Maßgebliches Recht	284
1. Unterscheidung zwischen materiell-rechtlichen und prozessualen Wirkungen	284
2. Vergleich zum Insolvenzrecht	285
3. Eigener Ansatz	286
II. Einzelne Wirkungen der Pfändung und Überweisung	288
1. Wirkungen aus Sicht des Vollstreckungsschuldners	288
2. Wirkungen für den Vollstreckungsgläubiger	289
3. Wirkungen für die Bank	291
4. Wirkungen in Bezug auf andere Gläubiger	293
III. Sonderproblem der sog. Durchgriffspfändung im Rahmen der Kontopfändung	294
1. Begriff der Durchgriffspfändung	294
2. Zustellung an die Bankzentrale	295
3. Zustellung an eine Filiale	296
4. Eingeschränkter Durchgriff und Bankgeheimnis	297

Teil 3: Anerkennung ausländischer Kontopfändungen	301
§ 17 <i>Anerkennung und Kontopfändung</i>	301
I. Kontopfändung im Ausland und Begriff der Anerkennung.....	301
II. Relevanz der Anerkennung auf dem Gebiet der Kontopfändung und Folgen der Nichtanerkennung.....	302
1. Inländische Leistungsklage des Vollstreckungsschuldners gegen die Bank	303
a) Aktivlegitimation des Vollstreckungsschuldners.....	303
b) Einwand des Arrestatoriums.....	304
c) Erfüllung durch Zahlung an den Vollstreckungsgläubiger	305
2. Inländische Einziehungsklage des Vollstreckungsgläubigers gegen die Bank.....	306
a) Aktivlegitimation des Vollstreckungsgläubigers	306
b) Beachtung einer vorrangigen ausländischen Pfändung.....	307
c) Erfüllung durch Zahlung an den Vollstreckungsschuldner	308
d) Aufrechnung gegen die gepfändete Forderung.....	309
3. Zusammenfassung: Notwendigkeit der Anerkennung	309
§ 18 <i>Wirkungserstreckung einer ausländischen Kontopfändung im Inland</i>	312
I. Ausgangssituation.....	312
II. Lösungsansätze der Rechtsprechung	315
1. Geringe Anzahl von einschlägigen Urteilen	315
2. Rechtsprechung zur Anerkennung ausländischer Forderungspfändungen	316
a) Rechtsprechung des Reichsgerichts	316
aa) Urteil vom 12. Oktober 1895.....	316
bb) Urteil vom 18. Juni 1907.....	316
cc) Urteil vom 3. November 1911	317
b) Rechtsprechung des BVerfG	318
c) Rechtsprechung des BGH.....	318
aa) Urteil vom 13. April 1983	318
bb) Urteil vom 30. April 1992	320
cc) Urteil vom 22. September 1988	322
dd) Urteil vom 11. Juli 1985	322
d) Rechtsprechung des BAG.....	324
e) Rechtsprechung des ArbG Berlin.....	326
f) Rechtsprechung des OLG Frankfurt	327

g) Rechtsprechung des OLG Oldenburg.....	328
h) Rechtsprechung des HansOLG Hamburg.....	329
3. Zusammenfassung und eigene Stellungnahme.....	330
a) Gemeinsame Linie?	330
b) Kritik an der Entscheidung des BAG.....	331
c) Inlandsbelegenheit als Anerkennungsvoraussetzung	332
III. Literaturansichten zur Anerkennung ausländischer	
Forderungspfändungen.....	334
1. Prozessuale Anerkennung nach § 328 ZPO (analog).....	334
a) Lösungsansatz	334
b) Stellungnahme.....	335
2. Prozessuale Anerkennung nach insolvenzrechtlichen	
Grundsätzen	336
a) Lösungsansatz	336
b) Stellungnahme.....	337
3. Prozessuale Anerkennung nach allgemeinen Grundsätzen ...	341
a) Lösungsansätze	341
aa) Grundgedanke	341
bb) Belegenheit der Forderung im Vollstreckungsstaat....	341
cc) Drittschuldner oder Vollstreckungsschuldner im	
Vollstreckungsstaat ansässig.....	342
b) Stellungnahme.....	342
4. Materielle Anerkennung.....	343
a) Lösungsansätze	343
aa) Grundgedanke	343
bb) Enteignungsrechtlicher Ansatz nach Rheinstein	344
cc) Ansatz von Schack	345
dd) Ansatz von Mankowski.....	346
b) Stellungnahme.....	347
aa) Kritische Würdigung des enteignungsrechtlichen	
Ansatzes	347
bb) Kritische Würdigung der Ansätze von Schack und	
Mankowski.....	349
5. Kollisionsrechtlicher Ansatz	350
a) Lösungsansatz	350
b) Stellungnahme.....	351
aa) Ursprung des kollisionsrechtlichen Ansatzes	351
bb) Pfändungsakt als Hoheitsakt	352
cc) Auswirkungen des kollisionsrechtlichen Ansatzes	355
dd) Systematik der EuGVVO	356
ee) Zusammenfassung.....	357

6. Kombination der prozessualen und kollisionsrechtlichen	
Anerkennung	357
a) Lösungsansatz	357
b) Stellungnahme.....	358
7. Zusammenfassung.....	359
§ 19 Eigener Ansatz	361
I. Prozessuale Anerkennung	361
1. Rechtsgrundlage – Voraussetzungen der	
Rechtsfortbildung	361
2. Voraussetzungen der Anerkennung	364
a) Anerkannte Voraussetzungen	364
b) Anerkennungszuständigkeit als	
Anerkennungsvoraussetzung?.....	364
c) Weitere Anerkennungsvoraussetzungen?	366
aa) Anerkennung des zu vollstreckenden Titels	367
bb) Verbürgung der Gegenseitigkeit.....	367
d) Zusammenfassung	368
3. Anerkennungsvoraussetzungen im Einzelnen	368
a) Wirksamkeit der Maßnahme	368
b) Genuine link zum Vollstreckungsstaat.....	368
aa) Konkrete Bezugspunkte zwischen Kontoforderung	
und Pfändungsstaat.....	368
bb) Ausnahme bei ausschließlicher Zuständigkeit	
deutscher Gerichte?	369
c) Ordre public-Vorbehalt.....	371
aa) Förmliche Drittschuldnerzustellung	371
bb) Tatsächliche Drittschuldnerkenntnis.....	372
cc) Rechtliches Gehör des Vollstreckungsschuldners	373
dd) Pfändungsschutz	373
(1) Grundlegendes	373
(2) Unterschreiten der Pfändungsfreigrenzen des	
Anerkennungsstaates	374
(3) Überschreiten des Pfändungsschutzes des	
Anerkennungsstaates	376
(4) Kein Pfändungsschutz für Bankguthaben	376
ee) Kontosperr.....	377
4. Umfang der prozessualen Anerkennung	377
II. „Materielle“ Anerkennung	380
1. Vorgehensweise	380
2. Dogmatische Grundlage	381
III. Sonderfall der Substitution.....	383

IV. Anwendung der gefunden Ergebnisse.....	385
1. Inländische Leistungsklage des Vollstreckungsschuldners gegen die Bank.....	385
2. Inländische Einziehungsklage des Vollstreckungsgläubigers gegen die Bank.....	386
 Teil 4: Ausblick – Harmonisierung der Kontopfändung.....	391
 § 20 Erste Schritte auf dem Weg zur Harmonisierung des Zwangsvollstreckungsrechts.....	391
 § 21 Verordnungsentwurf zur Einführung eines Europäischen Beschlusses zur vorläufigen Kontenpfändung.....	392
I. Ausgangssituation.....	392
1. Bisherige Rechtslage.....	392
2. Regelungsbedürfnis.....	395
II. Inhalt des Kommissionsvorschlags: Europäischer Pfändungsbeschluss.....	398
1. Vor Existenz eines im Vollstreckungsmitgliedstaat vollstreckbaren Titels.....	398
a) Zuständigkeit gemäß Art. 6 VO-E.....	398
b) Verfahren.....	399
2. Ab Existenz eines im Vollstreckungsmitgliedstaat vollstreckbaren Titels.....	400
a) Zuständigkeit nach Art. 14 VO-E.....	400
b) Verfahren.....	400
3. Verfahren zur Einholung von Kontoinformationen.....	401
4. Erlass des EuBvKpf.....	402
5. Wirkung.....	402
6. Rechtsschutzmöglichkeiten.....	404
III. Auswirkungen auf die endgültige Kontopfändung.....	405
 § 22 Überlegungen de lege ferenda im Hinblick auf die endgültige Kontopfändung.....	407
I. Bedürfnis für eine europäische Lösung.....	407
II. Regelungsmechanismus.....	408
1. Verschiedene Lösungsansätze.....	408
2. Stellungnahme.....	409
III. Regelungsgegenstand der Verordnung.....	411
1. Ausschließliche Erlasszuständigkeit.....	411
2. Angemessener Belegenheitsort.....	413

a) Erforderlichkeit einer Interessenabwägung	413
b) Effektivitätsinteresse	414
c) Interesse des Vollstreckungsgläubigers	415
d) Interesse des Vollstreckungsschuldners	415
e) Interesse der Bank	416
f) Stellungnahme	417
3. Anwendbares Recht	419
4. Anerkennung	420
5. Sonstiger Regelungsbedarf	421
IV. Vorschlag für eine Europäische Verordnung über die endgültige Kontopfändung	422
 Teil 5: Schlussbetrachtungen	 427
 § 23 Zusammenfassung	 427
I. Überblick über die erarbeiteten Ergebnisse	427
II. Fazit	431
 Literaturverzeichnis	 435
Sachregister	449

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere Ansicht
ABl.	Amtsblatt (der Europäischen Union seit 2003, vorher: der Europäischen Gemeinschaft)
Abs.	Absatz
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
a.E.	am Ende
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a.F.	alte Fassung
AG	Amtsgericht
AG	Aktiengesellschaft
Alt.	Alternative
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
AnwBl	Anwaltsblatt
AO	Abgabenordnung
ArbG	Arbeitsgericht
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
AVAG	Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetz
BAG	Bundesarbeitsgericht
BeckOK-ZPO	Beck'scher Online-Kommentar, Zivilprozessordnung
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
BFH	Bundesfinanzhof
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGE	Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts
BGH	Bundesgerichtshof
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BT-Drs.	Drucksache des Deutschen Bundestages
BR-Drs.	Drucksache des Deutschen Bundesrates
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVR	Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
DB	Der Betrieb
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe

DGVZ	Deutsche Gerichtsvollzieher-Zeitung
DStR	Deutsches Steuerrecht
DZWIR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht
ECFR	European Company and Financial Law Review
EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGInsO	Einführungsgesetz zur Insolvenzordnung
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
Einl.	Einleitung
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
endg.	endgültig
ERA Forum	Zeitschrift der Europäischen Rechtsakademie
ErbStG	Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz
ESTG	Einkommensteuergesetz
etc.	et cetera (lat.: und so weiter)
EU	Europäischen Union
EuEheVO	Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 des Rates über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1347/2000
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGVÜ	Europäisches Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EuGVVO	Verordnung (EG) Nr. 44/2001 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EuInsVO	Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 über Insolvenzverfahren
EuMahnVO	Verordnung (EG) Nr. 1896/2006 zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens
EuGFVO	Verordnung (EG) Nr. 861/2007 zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen
EuUnthVO	Verordnung (EG) Nr. 4/2009 über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Zusammenarbeit in Unterhaltssachen vom 18. Dezember 2008
EuUnthVO-E	Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Zuständigkeit und das anwendbare Recht in Unterhaltssachen, die Anerkennung und Vollstreckung von Unterhaltsentscheidungen und die Zusammenarbeit im Bereich der Unterhaltspflichten vom 15. Dezember 2005
EUV	Vertrag über die Europäische Union in der Fassung des Vertrags von Lissabon
EuVTVO	Verordnung (EG) Nr. 805/2004 zur Einführung eines Europäischen Vollstreckungstitels für unbestrittene Forderungen

EuZVO	Verordnung (EG) Nr. 1393/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1348/2000 des Rates
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
evtl.	eventuell
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
f.	folgende
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
ff.	fortfolgende
FK-InsO	Frankfurter Kommentar zur Insolvenzordnung
Fn.	Fußnote
FPR	Familie Partnerschaft Recht, Zeitschrift für die Anwaltspraxis
FS	Festschrift
FSIA	Foreign Sovereign Immunities Act (Gesetz zur Immunität in den USA)
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GK	Gemeinschaftskommentar
GK-HGB	Gemeinschaftskommentar zum Handelsgesetzbuch mit UN-Kaufrecht, Kommentar
grds.	grundsätzlich
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
Halbs.	Halbsatz
HansOLG	Hanseatisches Oberlandesgericht
HFR	Humboldt Forum Recht
HGB	Handelsgesetzbuch
HK	Handkommentar
HK-ZVR	Gesamtes Recht der Zwangsvollstreckung, Handkommentar, hrsg. v. Johann Kindl, Caroline Meller-Hannich und Hans-Joachim Wolf
h.M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
hrsg.	herausgegeben
HSBC	Hongkong and Shanghai Banking Corporation (Bank mit Sitz in London)
HZPÜ	Haager Übereinkommen über den Zivilprozess
HZÜ	Haager Übereinkommen über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland
i.e.S.	im engeren Sinne
IGH	Internationaler Gerichtshof
IHR	Internationales Handelsrecht
ILM	International Legal Materials
ILR	International Law Report
InsO	Insolvenzordnung

InVo	Insolvenz & Vollstreckung
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPRG	schweizerisches Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht
i.S.d.	im Sinne des
i.S.v.	im Sinne von
ital.	italienisch
i.V.m.	in Verbindung mit
JCP	Jurisclasseur périodique (La semaine juridique)
JN	Jurisdiktionsnorm (österreichisches Gesetz)
JurBüro	Juristisches Büro
jurisPR-BKR	juris PraxisReport, Bank- und Kapitalmarktrecht
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KG	Kammergericht
KO	Konkursordnung (außer Kraft)
KOM	Dokumente, Grün- bzw. Weißbücher sowie Berichte der Europäischen Kommission
KWG	Kreditwesengesetz
LG	Landgericht
lit.	littera (Buchstabe)
LM	Nachschlagewerk des Bundesgerichtshofs, hrsg. v. Lindenmaier, Möhring u.a. (1951 ff.: (Loseblattsammlung))
LMK	Kommentierte BGH-Rechtsprechung (2003 ff.; vorher Lindenmaier/Möhring)
LugÜ	Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, geschlossen in Lugano am 16. September 1988
MDR	Monatsschrift des Deutschen Rechts
m.E.	meines Erachtens
MüKo	Münchener Kommentar
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NdsRpfl	Niedersächsische Rechtspflege
n.F.	neue Fassung
NiemZ	Niemeyers Zeitschrift für Internationales Recht (bis 11/1902: Zeitschrift für Internationales Privat- und Strafrecht mit besonderer Berücksichtigung der Rechtshilfe)
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report
Nr.	Nummer
NS	Nationalsozialismus
NTS-ZA	Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut
n.v.	nicht veröffentlicht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZI	Neue Zeitschrift für das Recht der Insolvenz und Sanierung
OGHBrZ	Oberster Gerichtshof für die Britische Zone
OLG	Oberlandesgericht